

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Lehrbücher zu den Bezügen des Staatsrechts zum Völker- u. Europarecht	XXIII

1. Teil. Grundlegung

1. Kapitel. Grundgesetz und „offene Staatlichkeit“	1
§ 1. Das Staatsziel der „offenen Staatlichkeit“	1
§ 2. Die Verankerung der „offenen Staatlichkeit“ im Grundgesetz	2
§ 3. Die Bezüge des Staatsrechts zum Völker- und Europarecht	3
2. Kapitel. Völkerrecht als Recht der internationalen Staatengemeinschaft	4
§ 4. Der Begriff des Völkerrechts	4
I. Die Definition	4
II. Begriffliche Abgrenzungen	5
§ 5. Besonderheiten des Völkerrechts	7
I. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsetzung	8
II. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsdurchsetzung	8
III. Rechtsnatur und Effektivität	9
§ 6. Strukturen des Völkerrechts	10
I. Stufen der Völkerrechtsordnung	10
II. Recht der Koexistenz, der Kooperation, der Legitimität	11
III. Universelles und regionales Völkerrecht	12
§ 7. Völkerrecht und staatliches Recht	13
I. Dualismus und Monismus	14
II. Die Konzeption des Grundgesetzes	15
3. Kapitel. Europarecht als Recht der europäischen Integration	16
§ 8. Die europäischen Einigungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg	16
§ 9. Föderalistische Einigungsversuche	17
I. Der Europarat	17
II. Die fehlgeschlagene Europäische Politische Gemeinschaft	19
§ 10. Der Weg zur Europäischen Union	19
I. Der Anstoß zur „supranationalen“ Integration	19
II. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	21
III. Die Entwicklung zur Europäischen Union	22
§ 11. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Europäischen Union	26
I. Die verfassungsrechtliche Ermächtigung zur europäischen Integration ..	26
II. Die Diskussion um „Maastricht“	27
III. Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	28

2. Teil. Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands

4. Kapitel. Die Subjekte des Völkerrechts	30
§ 12. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte	30
I. Der Begriff des Völkerrechtssubjekts	30
II. Die Arten der Völkerrechtssubjekte	30
§ 13. Der Staat im Sinne des Völkerrechts	31
I. Der Begriff des Staats	31
II. Entstehung und Untergang von Staaten	34
III. Die Anerkennung des Staats im Sinne des Völkerrechts	36
§ 14. Staatsähnliche Völkerrechtssubjekte	38
I. Das lokale de-facto-Regime	38
II. Die Völkerrechtsfähigkeit von Staatsteilen	38
5. Kapitel. Der völkerrechtliche Status Deutschlands	40
§ 15. Der deutsche Staat bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	40
I. Die Identität Deutschlands bis zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945	40
II. Die Grenzen des Deutschen Reichs	41
§ 16. Viermächte-Status und Teilung Deutschlands	45
I. Der Viermächte-Status	45
II. Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik ...	47
III. Die verschiedenen Auffassungen zum völkerrechtlichen Status Deutschlands	53
IV. Der völkerrechtliche Status Berlins	57
V. Der Status der Gebiete jenseits von Oder und Neiße	60
§ 17. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	63
I. Allgemeines	64
II. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland	65
III. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	68

3. Teil. Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht

6. Kapitel. Die völkerrechtlichen Rechtsquellen	73
§ 18. Begriff und Arten völkerrechtlicher Rechtsquellen	73
I. Der Begriff der Rechtsquelle	73
II. Die Arten der völkerrechtlichen Rechtsquellen	74
§ 19. Das Völkergewohnheitsrecht	75
I. Der Begriff des Völkergewohnheitsrechts	75
II. Die Staatenpraxis	76
III. Die Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	78
§ 20. Der völkerrechtliche Vertrag	79
I. Begriff und Abgrenzung	79
II. Die vertragliche Kodifikation von Völkerrecht	80
§ 21. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Kulturnationen	81
I. Der Begriff	82
II. Die Bedeutung der Grundsätze	82

§ 22. Die Rechtsetzung durch internationale Organisationen	82
I. Beschlüsse internationaler Organisationen als sekundäre Rechtsquellen	83
II. Die Arten der Beschlüsse internationaler Organisationen	84
7. Kapitel. Das Recht der Verträge	86
§ 23. Die Quellen des Rechts der Verträge	86
§ 24. Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge	87
I. Die Willenseinigung der Vertragsparteien	87
II. Die zur Abgabe einer Vertragserklärung befugten Organe	87
III. Die Stadien des Vertragsschlusses	87
IV. Die Registrierung des Vertrags	89
V. Vorbehalte beim Vertragsschluß	90
§ 25. Die Mängel des Vertragsschlusses	94
I. Das Problem der Vertragsschlußfähigkeit	94
II. Die Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften eines Vertrags- partners	95
III. Willensmängel	96
IV. Die Rechtswidrigkeit des Vertragsgegenstandes: das völkerrechtliche ius cogens	98
§ 26. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge	99
I. Die allgemeine Grundregel	100
II. Ergänzende Auslegungsmittel	101
III. Die Auslegung mehrsprachiger Verträge	101
§ 27. Die Beendigung von Verträgen	102
I. Im Vertrag vorgesehene Beendigungsgründe	102
II. Die nachträgliche Unmöglichkeit der Erfüllung	102
III. Der Rücktritt vom Vertrag	102
IV. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses wegen Kriegsausbruchs	103
V. Die Beendigung eines Vertrags im Falle des Untergangs einer Vertrags- partei	103
8. Kapitel. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Schaffung von Völkerrechtsnormen	105
§ 28. Die auswärtige Gewalt	105
I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt	105
II. Auswärtige Gewalt und Gewaltenteilung	106
III. Die Beschränkung der auswärtigen Gewalt durch Übertragung von Hoheitsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen	107
§ 29. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	108
I. Die Kompetenz des Bundes	108
II. Die Landeskompetenz	110
§ 30. Die Kompetenzverteilung im Rahmen der auswärtigen Gewalt des Bundes	114
I. Die Vertretungsbefugnis	115
II. Die Entscheidungsbefugnis	116
§ 31. Insbesondere: die zustimmungsbedürftigen Verträge	120
I. Die in Art. 59 Abs. 2 GG genannten Verträge	120
II. Die Übertragung von Hoheitsrechten (Art. 24 Abs. 1 GG)	123

III. Die Friedensregelung	128
IV. Problematische Fälle	129
§ 32. Die richterliche Kontrolle der auswärtigen Gewalt	130
I. Auswärtige Gewalt und „gerichtsfreier Hoheitsakt“	131
II. Materiellverfassungsrechtliche Bindungen der auswärtigen Gewalt	132
III. Verfassungsgerichtliche Kontrollverfahren	136
IV. Die richterliche Inzidentprüfung von Akten der auswärtigen Gewalt ...	139
4. Teil. Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland	
9. Kapitel. Grundsätzliche Probleme der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	140
§ 33. Die Typen staatlicher Regeln zur Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	140
I. Das Problem	140
II. Typische Formen der Einbeziehung von Völkerrecht in den inner- staatlichen Bereich	141
§ 34. Einzelfragen der Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	142
I. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	142
II. Die Rangfrage	143
10. Kapitel. Die Übernahme völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung	144
§ 35. Die Übernahme der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in den innerstaat- lichen Bereich	144
I. Die Übernahmevorschrift des Art. 25 GG	144
II. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	145
III. Die Ermittlung von allgemeinem Völkerrecht	147
IV. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln als Bestandteil des Bundes- rechts	150
V. Der Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	152
VI. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	153
§ 36. Die Übernahme völkerrechtlichen Vertragsrechts in den innerstaatlichen Bereich	155
I. Die Übernahmevorschrift	156
II. Die Regelung für politische und gesetzesinhaltliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG)	156
III. Die Einbeziehung von Verwaltungsabkommen und bindenden Beschlüssen zwischenstaatlicher Einrichtungen in den innerstaatlichen Bereich	161
IV. Die Einbeziehung von Verträgen des Bundes über Gegenstände der ausschließlichen Länderzuständigkeit	162
V. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Bereich ..	163

§ 37. Die Einwirkung übertragener Hoheitsrechte in den innerstaatlichen Bereich	165
I. Artikel 24 Abs. 1 GG als „Integrationshebel“	165
II. Die Öffnung des innerstaatlichen Bereichs	165
III. Der Rang des „supranationalen“ Rechts im innerstaatlichen Bereich	169
§ 38. Die sonstige Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	170
I. Spezielle Übernahmen und Verweisungen	170
II. Der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	171
III. Die Berücksichtigung von „Soft Law“	172

5. Teil. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union

11. Kapitel. Die Grundlagen der Europäischen Union	173
§ 39. Die „neue Stufe“ einer „immer engeren Union“	173
I. Unionsverträge und Union	173
II. Die Struktur der Union	174
III. Besonderheiten der Verträge	175
§ 40. Die Unionsbürgerschaft	181
I. Allgemeines	181
II. Unionsbürger	181
III. Rechte und Pflichten	181
§ 41. Die Verfassungsprinzipien der Union	183
I. Grundsätze	183
II. Grundrechte	184
III. Die demokratische Legitimation der Union	185
§ 42. Die Ziele der Union	190
I. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	190
II. Die Errichtung eines Binnenmarkts einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte	191
III. Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist	191
IV. Die Grundsätze der Außenbeziehungen einschließlich einer Gemein- samen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	192
12. Kapitel. Organe und Tätigkeit der Europäischen Union	193
§ 43. Der organisatorische Aufbau	193
I. Allgemeines	193
II. Die einzelnen Organe	195
§ 44. Die Rechtsakte der Gemeinschaft	204
I. Die Grundlagen	204
II. Die Rechtsakte gemäß Art. 249 EGV im einzelnen	206
§ 45. Die Kontrolle von Auslegung und Gültigkeit des Rechts der Gemeinschaft durch den EuGH	209
I. Das Vorabentscheidungsverfahren	210
II. Die Nichtigkeitsklage	212
III. Die Untätigkeitsklage	213
IV. Die Amtshaftungsklage	214

13. Kapitel. Gemeinschaftsgesetzgebung und Mitgliedstaaten	215
§ 46. Modalitäten des Kompetenzverhältnisses	215
I. Allgemeines	215
II. Ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft	215
III. Geteilte Kompetenz	216
IV. Parallele Kompetenz	216
V. Ausnahmen zugunsten mitgliedstaatlicher Handlungsbefugnisse	216
§ 47. Schranken der Gemeinschaftskompetenzen	217
I. Das Prinzip der Subsidiarität	217
II. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	218
III. Die gerichtliche Überprüfung	219
14. Kapitel. Europäisches Gemeinschaftsrecht im staatlichen Rechtsraum	220
§ 48. Geltung, Anwendbarkeit und Vorrang des Gemeinschaftsrechts	220
I. Die innerstaatliche Geltung des Gemeinschaftsrechts	220
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Gemeinschaftsrecht	221
III. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts	222
IV. Die Sicherung von Anwendung und Vorrang des Gemeinschaftsrechts ..	224
§ 49. Grenzen von innerstaatlicher Geltung und Vorrang des Gemeinschafts-	
rechts	226
I. Grundsatz	226
II. Verfassungsgerichtliche Kontrolle	227
§ 50. Der Vollzug des Gemeinschaftsrechts	228
I. Grundsatz des „indirekten Vollzugs“	228
II. Einfluß auf das staatliche Recht	229
6. Teil. Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche der Staaten	
15. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich im Raum	231
§ 51. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit	231
§ 52. Das Staatsgebiet	232
I. Umfang und Grenzen des Staatsgebiets	232
II. Sonderregelungen im Interesse des internationalen Verkehrs	234
III. Maritime Eigengewässer	238
IV. Das Küstenmeer	238
V. Der Luftraum	241
§ 53. Territoriale Kompetenzen jenseits des Küstenmeeres	242
I. Das UN-Seerechtsübereinkommen (1982)	242
II. Der Festlandssockel	243
III. Anschluß- und Wirtschaftszonen	244
IV. Die Hohe See	245
16. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich hinsichtlich der Personen	247
§ 54. Die Staatsangehörigkeit	247
I. Begriff und Abgrenzung	247
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	248

§ 55. Die deutsche Staatsangehörigkeit	251
I. Allgemeines	251
II. Die Erwerbs- und Verlustgründe im Recht der Bundesrepublik Deutschland	252
III. Der „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“	255
§ 56. Die Gewährung von Auslandsschutz	256
I. Das Schutzrecht des Heimatstaats gegenüber dem fremden Staat	256
II. Das Recht des Staatsangehörigen gegenüber seinem Heimatstaat auf diplomatischen Schutz	258
§ 57. Die Rechtsstellung des Fremden	259
I. Die allgemeine Pflicht zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindest- standards	259
II. Fremdenrechtliche Regelungen im innerstaatlichen Bereich der Bundes- republik Deutschland	260
III. Die Auslieferung	265
IV. Das Recht auf Asyl	268

**17. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich zur Regelung grenz-
überschreitender Sachverhalte** 274

§ 58. Die Kompetenz zur Regelung von Sachverhalten mit Auslandsberührung ..	274
I. Die grundsätzliche Regelung der Sachkompetenz	274
II. Beispiele für eine „sinnvolle Anknüpfung“	275
§ 59. Grenzen der Kompetenzausübung bei konkurrierender Kompetenz	277
I. Das Problem	278
II. Die Pflicht zur Interessenabwägung	278
III. Der völkerrechtliche Schutz des Individuums	279

**7. Teil. Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben
der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland**

18. Kapitel. Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten	280
§ 60. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit	280
§ 61. Das Gebot der Achtung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates	281
I. Der Souveränitätsaspekt	282
II. Der Gleichheitsaspekt: Die Staatenimmunität	283
§ 62. Die Achtung der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit	289
I. Die Achtung der territorialen Souveränität	289
II. Die Achtung der Gebietshoheit	289
§ 63. Das Interventionsverbot	292
I. Die Rechtsgrundlage	292
II. Der Interventionstatbestand	293
§ 64. Die Achtung fremder Hoheitsakte	294
I. Die extraterritoriale Wirkung fremder Hoheitsakte	294
II. Die völkerrechtlichen Regeln zur extraterritorialen Wirkung von Hoheitsakten	295

19. Kapitel. Die völkerrechtliche Friedenssicherung	297
§ 65. Das System der völkerrechtlichen Friedenssicherung	297
I. Der völkerrechtliche Friedensbegriff	298
II. Das System der kollektiven Sicherheit	299
§ 66. Das Gewaltverbot der UN-Charta	302
I. Das in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta normierte Gewaltverbot	303
II. Ausnahme der „humanitären Intervention“?	304
III. Die verfassungsrechtliche Sicherung des Gewaltverbots	305
§ 67. Kollektive Maßnahmen der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen	309
I. Die kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta	309
II. Die „friedenserhaltenden Operationen“ der Vereinten Nationen	312
III. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedenssichernden Kollektivmaßnahmen der Vereinten Nationen	313
§ 68. Das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung	316
I. Das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta	316
II. Militärische Terrorismusbekämpfung als Selbstverteidigung?	317
III. Kollektive Selbstverteidigung und Friedenssicherung	319
IV. Die verfassungsrechtliche Regelung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Bündnis	325
§ 69. Die völkerrechtliche Repressalie	327
I. Repressalie und Retorsion	327
II. Voraussetzungen der Repressalie	328
III. Innerstaatliche Voraussetzungen für die Durchführung der Repressalie	328
IV. Die Retorsion	331
§ 70. Abrüstung und Rüstungskontrolle	331
I. Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung im allgemeinen Völkerrecht und im Grundgesetz	331
II. Besondere Vertragspflichten der Bundesrepublik Deutschland	332
§ 71. Das Gebot der friedlichen Streiterledigung	334
I. Die völkerrechtliche Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung	334
II. Insbesondere: Die richterliche Streitentscheidung	335
III. Die Pflicht zur friedlichen Streiterledigung nach deutschem Recht	338
20. Kapitel. Der internationale Menschenrechtsschutz	339
§ 72. Rechtsgrundlagen und Verwirklichung des internationalen Menschen- rechtsschutzes	339
I. Die Rechtsgrundlagen	339
II. Grundsätzliche Fragen der Verwirklichung von Menschenrechten im internationalen Bereich	340
§ 73. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950	341
I. Allgemeines	342
II. Der Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten	343
III. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	344
IV. Entscheidungsbegehren	344
V. Das Verfahren	345
VI. Die EMRK im deutschen Recht	346

21. Kapitel. Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz	348
§ 74. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	348
I. Grundlagen	349
II. Inhalt	349
III. Schranken	350
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes	350
§ 75. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz	351
I. Allgemeines	352
II. Die völkerrechtliche Regelung	353
III. Minderheitenschutz in Deutschland	354
Sachverzeichnis	357